

„Brauchen Erholungsflächen in der Nähe“

Weitere Streit um Windkraftanlagen im Seligenstädter Stadtwald: Bergmann kritisiert Verwaltung des Planungsverbandes

Seligenstadt (mho) ■ Kritik an der Verwaltung des Planungsverbandes Frankfurt/Rhein-Main mit seinem Verbandsdirektor Stephan Wildhirt (SPD) an der Spitze übt erneut Seligenstadts CDU-Fraktionschef Joachim Bergmann, der die Interessen der Stadt in der Verbandsversammlung des Planungsverbandes vertritt. Das Gremium habe offensichtlich den Beschluss der Seligenstädter Stadtverordnetenversammlung, auf die geplanten Windräder im Stadtwald zu verzichten, ignoriert.

„Schon bei der Vorstellung der Vorentwürfe ist die Planung, einen erheblichen Teil des Seligenstädter Stadtwaldes für die Aufstellung von Windkraftanlagen zu opfern, auf Empörung in der CDU-Fraktion gestoßen. Durch die Abholzung von 260 Hektar Waldfläche wären erhebliche negative Auswirkungen auf wasser- und forstwirtschaftliche Belange zu erwarten. Zudem würde eine hochgradig schützenswerte Fauna unwiederbringlich vernichtet werden“, so Bergmann weiter. Die Union habe bei der Bera-

tung des Vorentwurfes darauf hingewiesen, „dass es vollkommen unverständlich ist, wie in unserem hoch belasteten Gebiet eine weitere Beeinträchtigung in Erwägung gezogen werden kann. Die Bevölkerung trägt die Belastung des Kraftwerkes Staudinger, der Flughafen ist nicht weit, und der Lärm der Autobahn beeinträchtigt weite Teile des Stadtgebietes. Wir brauchen die Erholungsflächen in unmittelbarer Nähe.“ In Hessen gebe es bestimmt viele Gebiete, die weit weniger belastet seien.

Bergmann verweist auf einen Grundsatzbeschluss der CDU/FWG-Gruppe in der Verbandsversammlung des Planungsverbandes, der den Verzicht eines Windparks im Seligenstädter Stadtwald zum Inhalt hat. Dort heiße es, dass die Energieversorgung der Region durch den Ausbau regenerativer Energien so entwickelt werden soll, dass sie sicher, effizient und preisgünstig sei. Dazu böten sich eine stärkere Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen an. Die Er-

richtung von Windkraftanlagen stelle hingegen eine extreme Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dar. Die Anzahl sei daher auf das unbedingte Minimum zu reduzieren. In der Diskussion um Windkraftanlagen haben für die CDU/FWG-Gruppe die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie die Erholungsfunktion absoluten Vorrang.

Zum weiteren Verfahren: Die überarbeitete Flächennutzungsplanung wird den politischen Gremien zur Beratung zugestellt werden. Innerhalb

der CDU/FWG-Gruppe wurde festgelegt, dass zunächst eine Beratung in Gruppen nach Landkreisen erfolgt. „Dabei setzte ich darauf, dass die Belange aller Gemeinden im Kreis Offenbach solidarisch abgestimmt werden. Ende April wird der gesamte Flächennutzungsplan in einer Klausurtagung von der gesamten Gruppe, die in der Verbandskammer über die absolute Mehrheit verfügt, beraten. Ein Beschluss wird voraussichtlich in der Sitzung der Kammer im Juni getroffen“, so Bergmann.